

2828/AB XX.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr2814/J-NR/1997, betreffend illegale Vergabe des elektronischen Ökopunkte-Abbuchungssystems, die die Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde am 11. Juli 1997 an mich gerichtet haben, beeche ich mich wie folgt zu beantworten:

1. bis 8. Wurden in das schriftliche Kapsch-Anbot nach der Anbotseröffnung nachträglich Unterlagen eingefügt oder ausgetauscht? Wenn ja, von wem?

Wurde von einem Kapsch-Vertreter im Rahmen der Anbotseröffnung darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit einer Preisreduktion bestehe?

Wenn ja, von wem und in welcher Form?

Ist es richtig, daß im Fall des Kapsch-AG-Offerts preisliche Nachverhandlungen geführt wurden? Wenn ja, warum und von wem?

Wurden diese Nachverhandlungen mit allen Bietern geführt? Wenn nein, warum nicht?

Zu welchem konkreten Zeitpunkt kam es zur Reduktion des Anbots der Kapsch AG?

Mit welchen Bietern kam es zu Detailaufklärungsgesprächen? Wann erfolgten jeweils welche persönlichen Aufklärungsgespräche mit jeweils welchem Bieter? Warum kam es hier zu massiven Ungleichbehandlungen der einzelnen Bieter?

Welche Schadensersatzforderungen anderer Bieter liegen Ihnen bislang vor?

Wie beurteilen Sie den Vorwurf des Bundesvergabeamtes, die Kapsch AG hätte als Lieferant des Pilotversuchs an der Ausschreibung erst gar nicht teilnehmen dürfen?

Antwort:

Es kam, wie dies im Vergaberecht vorgesehen ist, mit allen Bieter zu Aufklärungsgesprächen. Diese erfolgten in den Tagen nach der Anbotseröffnung im Monat Juli bis Anfang August 1996. Es ist unrichtig, daß es hierzu Ungleichbehandlungen der einzelnen Bieter kam. Vielmehr ging es dabei darum - sowie im Gesetz vorgesehen - unklare Inhalte der Angebote näher gemeinsam mit den Bieter zu hinterfragen und Aufklärung darüber zu verlangen. Wie im Vergaberecht vorgesehen kam es zu keinerlei preislichen Nachverhandlungen. Auch liegen bisher keine Schadenersatzforderungen vor.

Darüber hinaus darf in diesem Zusammenhang auf die bisher bereits erfolgten Anfragebeantwortungen zu den schriftlichen parlamentarischen Anfragen Nr. 1640/J-NR/1996 vom 12.12.1996, Nr. 1855/J-NR/1997 vom 22.1.1997, Nr. 1871/J-NR/1997 vom 23.1.1997 sowie Nr. 2517/J-NR/1997 vom 5.6.1997 im Zusammenhang mit dem elektronischen Ökopunktesystem verwiesen werden.